

28.06.2021

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Journalisten beklagen Übergriffe der Polizei während der Demonstration gegen den Regierungsentwurf für ein Versammlungsgesetz - Was sagt die Landesregierung zu den erhobenen Vorwürfen?

Am 26.06.2021 sind in Düsseldorf mehrere Tausend Personen gegen den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein nordrhein-westfälisches Versammlungsgesetz auf die Straße gegangen. Polizeiliche Einsatzkräfte sollen nach Presseberichten den Demonstrationzug gestoppt und Demonstrationsteilnehmer eingekesselt und attackiert haben. Im weiteren Verlauf der Demonstration sollen dabei auch Journalisten von Polizeibeamten tätlich angegriffen worden sein. Ein Fotograf der Deutschen Presse-Agentur berichtete, dass er demnach von einem Beamten mehrfach mit einem Schlagstock geschlagen worden sei. Er berichtete zudem von mindestens einem weiteren Kollegen, der ebenfalls angegriffen worden sei. Die Deutsche Presse-Agentur protestierte gegen den gewaltsamen Übergriff auf ihren Mitarbeiter und andere Journalisten. dpa-Chefredakteur Sven Gösmann nannte den Vorgang einen „nicht hinnehmbaren Angriff auf die Pressefreiheit“.

Die Polizei teilte wiederum mit, dass auf der Demonstration mehrfach Pyrotechnik und Rauchtöpfe abgebrannt worden seien. Teilnehmer hätten auch Beamte angegriffen. Daraufhin hätten die Polizisten Schlagstöcke und Reizgas eingesetzt. Ein Journalist sei dabei zwischen die Einsatzkräfte und eine aggressive Störergruppe geraten. Eine Polizeisprecherin kündigte später eine Strafanzeige gegen den Beamten wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt an.

Angesichts der behaupteten polizeilichen Übergriffe auf Demonstrationsteilnehmer und anwesende Journalisten steht der schwerwiegende Vorwurf eines Angriffs auf die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit im Raum. Deshalb ist im Zusammenhang mit den Vorgängen auf der Düsseldorfer Demonstration am Samstag eine lückenlose Aufklärung durch den Innenminister erforderlich. Wir beantragen, dass der Landtag von Nordrhein-Westfalen die aufgeworfenen Fragen im Rahmen einer Aktuellen Stunde erörtert.

Thomas Kutschaty
Sarah Phillipp
Sven Wolf
Hartmut Ganzke

und Fraktion

Datum des Originals: 28.06.2021/Ausgegeben: 28.06.2021